

(Abgeordneter Uhlig.)

- (A) Sie hegt aber eine entschiedene Gegnerschaft gegen die großagrarisches Politik, die weder dem Bauerntum noch der Industriebevölkerung etwas nützen kann.

(Zuruf links: Nur Schaden!)

Man merkt die Absicht des konservativen Antrags auch sehr deutlich, wenn man das Datum der beiden vorliegenden Anträge vergleicht. Man hat unbedingt das Gefühl, daß die konservative Fraktion schleunigst etwas tun mußte, nachdem der nationalliberale Antrag eingereicht war.

(Zuruf rechts: War längst vorbereitet!)

- Und nun, meine Herren, zur Sache selber. Man bezweckt, um einmal den reinen sachlichen Kern der Anträge ins Auge zu fassen, die Zurückführung der Bevölkerung aus den Städten auf das Land. Auch die Regierung, der Herr Minister des Innern hat bei der Beratung der Interpellation über den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern ausgeführt, man bezwecke, die Dörfer in ihrem Schwinden aufzuhalten, die bäuerlichen Dörfer zu vergrößern. Meine Herren! Allerdings beobachten wir eine riesige Zusammenballung in großen Städten und großen Industriezentren. Aber Sie werden diesen Prozeß nicht aufhalten, solange Sie nicht imstande sind, die kapitalistische Entwicklung aufzuhalten. Es liegt im Wesen der Gesetze des Kapitalismus, daß diese Zusammenballung stattfindet. Es wird mit keinem Palliativmittel gelingen, gegen diese Gesetze anzukämpfen.

Ich gestehe zu, daß es ein überaus wichtiges und schwerwichtiges Problem ist, um das es sich hier handelt. Es handelt sich vor allen Dingen auch schon darum, ob überhaupt die Städte bei weiterem Wachstum lebensfähig sein werden. Ich habe im Juni 1913 einen Artikel des „Berliner Tageblatts“ vor Augen bekommen, in dem darauf hingewiesen ist, daß durch den Wasserbedarf von Berlin die großen Grunwaldseen dem Versiegen anheimfallen, und auch im sächsischen Etat der Forsten ist z. B. darauf hingewiesen, daß infolge der immer mehr zunehmenden Ableitung von Quellen und Grundwasser durch zahlreiche Stadt- und Landgemeinden der Zuwachs der Holzbestände aller Altersklassen in den Staatsforsten geschmälert wird. Wir sehen also, es handelt sich um ein Problem, das mit ziemlicher Dringlichkeit an den Staat und an die Gesetzgebung herantritt. Wir sehen auch, wenn wir uns die Petitionen über die Verunreinigung der fließenden Wässer ins Gedächtnis rufen, die dem vorigen Landtage vorlagen, wie in rein kommunaler Beziehung sich ungeheuer schwierige Probleme entwickeln. Wir sehen zugleich, wie der Landwirtschaft geradezu Unsummen von Düngemitteln entgehen, die dafür unsere

fließenden Gewässer verpesten und sie in geradezu ekelhafte Zustände versetzen.

Aber, meine Herren, glauben Sie denn, daß Sie mit den Mitteln der Kolonisation dieser Tendenz und diesen Zuständen auch nur im geringsten steuern werden? Es müßte da vor allen Dingen gefragt werden: Wer bürgt denn für die Dauerhaftigkeit der Kolonien, die Sie da schaffen wollen? Wer bürgt denn dafür, daß nicht diese Einzelbauernwirtschaften durch die unermüdliche Tendenz des Kapitalismus gleichfalls wieder aufgezehrt, gewissermaßen aufgesogen werden? Sie müßten es denn so machen, daß Sie den Besitzern der aufgeteilten Güter und Parzellen die Freizügigkeit nehmen, daß Sie ihnen ihre Bewegungsfreiheit in irgend einer Form beschränken. Im anderen Falle wird die Tendenz des Kapitalismus, daß er alles wieder in kapitalistischem Sinne wandelt, auch dort nicht Halt machen.

Einen kleinen Beweis dafür liefert ein Artikel der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, der von den ähnlichen Bestrebungen in den Ostmarken handelt und in dem es heißt — ich bitte um die Erlaubnis, etwas verlesen zu dürfen —:

(Vizepräsident Dpiß: Wird gestattet.)

„Die durch wilde Spekulation hervorgerufene Steigerung der Güterpreise, die, wie die Ostpreußische Landgesellschaft in ihrem letzten Jahresberichte hervorhebt, zu besorgniserregenden Zuständen geführt hat, verleitet auch die Ansiedler in den Ostmarken zum Teil, ihre Stellen zu verkaufen, um am landwirtschaftlichen Grundstücksgeschäft vorteilhaft zu verdienen.“

Dann ist der ganze Erfolg, den man mit diesen Maßnahmen bezweckt, wieder ausgelöscht.

Einen Gedanken enthält der Antrag der nationalliberalen Fraktion, den wir nicht nur begrüßen, sondern bei dem wir sogar eine gewisse Priorität beanspruchen dürfen, nämlich die Forderung der inneren Kolonisation kulturenloser Gebiete. Meine Herren! Nach allgemeinen Feststellungen — ich möchte die Ziffern im Augenblick nicht als unbedingt richtig hinstellen, aber sie werden in runder Summe zweifellos richtig sein — gibt es in Deutschland noch 4 Millionen Hektar Moor und Unland, auf dem man 400000 Bauernfamilien mit einer Parzellenfläche von 10 ha ansiedeln könnte, oder auf dem man 40000 Bauerngenossenschaften mit einer Parzellenfläche von 100 ha gründen könnte.

Meine Herren! Der Gedanke dieser inneren Kolonisation und der Urbarmachung dieses Moor-, Sumpf- und Unlandes und der Bewirtschaftung durch bäuerliche Genossenschaften usw. ist vor allen Dingen vertreten worden durch meinen verstorbenen Parteigenossen Bebel in seinem